

ANTRAG

Antragsteller*in: SJD-Die Falken NRW, DIDF- Jugend NRW

A3: Unsere Zukunft gestalten wir selbst – nie wieder Zwangsdienst!

Antragstext

1 Der Landesjugendring schließt sich der [Kritik\[1\]](#) des Deutschen Bundesjugendrings
2 an:

- 3 • Alle rechtlich **verpflichtenden Bereitschaftserklärungen, Musterungen und**
4 **Einberufungsermächtigungen lehnen wir ab.**
- 5 • Wir kritisieren, dass drastische Eingriffe in Lebensplanung und
6 Freiheitsrechte über die Köpfe derjenigen hinweg getroffen werden, die
7 unmittelbar betroffen sind.
- 8 • Wir erwarten eine offene gesellschaftliche Diskussion, in der junge
9 Menschen als Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt beteiligt werden. Den
10 bisherigen Verlauf der Debatte halten wir für verfehlt. Insbesondere die
11 emotionale Überwältigung von jungen Menschen im Sinne einer Zustimmung zu
12 Aufrüstung und Militarisierung finden wir verantwortungslos.
- 13 • Wir kritisieren das Bild, dass junge Menschen etwas zurückgeben müssen.
14 Es ist schon jetzt klar, dass die Wehrpflicht junge Menschen der Gefahr
15 eines militärischen Einsatzes aussetzt, während junge Menschen immer
16 wieder von der Politik verschleppte Probleme – wie die Existenz von Armut
17 oder unzureichendes Eingreifen in den Klimawandel – ausbaden müssen.
- 18 • Wir kritisieren den oberflächlichen Begriff von Freiwilligkeit in der
19 Debatte. Echte Freiwilligkeit würde eine gleichwertige Förderung
20 zivilgesellschaftlichen Engagements ohne Bevorzugung des Wehrdienstes und
21 die verbindliche Beteiligung junger Menschen an allen Entscheidungen, die
22 ihre Lebensrealität betreffen, voraussetzen.
23 Vor dem Hintergrund, dass es weiterhin zu wenige Möglichkeiten gibt ein
24 soziales Jahr zu absolvieren, junge Menschen in Ausbildung und
25 Berufsanfang insbesondere in sozialen Berufen ausgebeutet werden und das
26 Wohnen kaum noch bezahlbar ist, kann von Freiwilligkeit keine Rede sein.

27 Wir fordern von den NRW-Bundestagsabgeordneten und den NRW- Landtagsabgeordneten
28 sich für folgende Punkte einzusetzen:

- 29 • die Streichung der verpflichtenden Erfassungs- und Musterungsregelungen
30 (§§ 15a, 17, 2a WPfLG-E).
- 31 • die Streichung der geplanten Verordnungsermächtigung zur Einberufung im
32 Frieden (§ 2a WPfLG-E) und die ausschließliche Bindung der Wehrpflicht an
33 die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausnahmefälle.
- 34 • die Vermeidung jeder gesetzlichen Konstruktion, die faktischen Druck zur
35 Entscheidung für den Wehrdienst erzeugt – insbesondere gegenüber sozial
36 benachteiligten Gruppen (§ 58c SG-E).
- 37 • die verbindliche, frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in
38 alle politischen Vorhaben, die ihre Lebensrealitäten unmittelbar
39 betreffen.
- 40 • die Förderung freiwilligen zivilgesellschaftlichen Engagements unter
41 fairen Bedingungen und ein Ende der strukturellen Bevorzugung des
42 Wehrdienstes.
- 43 • die Aufklärung junger Menschen über die Realität von Krieg und Wehrdienst
44 und ein Ende der Verharmlosung und Gamification der Bundeswehrwerbung.

45 Wir kritisieren darüber hinaus:

- 46 • die Militarisierung der Schulen und des öffentlichen Raums in NRW.
47 Insbesondere Werbung für die Bundeswehr, die sich direkt an Kinder
48 richtet, wie etwa Spiel- und Fotoaktionen der Bundeswehr am NRW-Tag 2024
49 oder der Gamescom, oder die da stattfindet, wo sich Kinder aufhalten
50 (Schulen/Köln Bäder), finden wir falsch. Deutschland und damit das Land
51 NRW muss sich an die Kinderrechtekonvention halten und darf keine
52 Minderjährigen anwerben. Schulen müssen Orte der Bildung, nicht der
53 Rekrutierung sein. Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung
54 und gesellschaftlicher Mitverantwortung befähigen (§ 11 Abs. 1 SGB VIII).
55 Eine militarisierte „Berufsorientierung“ steht im Widerspruch zu diesem
56 Auftrag.
- 57 • Nach Angaben der Bundesregierung wurden 14 von 315 weibliche Soldat*innen
58 unter 18 Jahren [2023\[2\]](#) Opfer sexueller Übergriffe bei der Bundeswehr.

59 Ebenfalls gibt es immer wieder Berichte über strukturellen Rassismus sowie
60 rechtsextreme Gruppen in der Bundeswehr. 2024 wurden aufgrund
61 rechtsextremistischer Vorfälle 97 Bundeswehrangehörige entlassen. Im
62 Vorjahr waren es 62. Die Bundeswehr ist auch deshalb ein gefährlicher Ort
63 für junge Menschen.

- 64 • Der prognostizierbare Sparzwang durch die massive Investition in die
65 Militarisierung und fordern das diese die eingeschränkten Perspektiven von
66 Kindern und Jugendlichen in NRW, wovon ca. 20% in Armut leben, nicht noch
67 weiter verschärfen darf. Ganz im Gegenteil es braucht Investitionen in
68 eine starke Zivilgesellschaft und Sicherheit nach innen: durch Bildung,
69 soziale Absicherung und gesellschaftlichen Zusammenhalt, nicht durch
70 Aufrüstung und militärische Logik. Die Jugendhilfe hat nach dem Gesetz die
71 Pflicht, Benachteiligungen abzubauen und gleiche Chancen für alle zu
72 schaffen (§ 9 Nr. 2 SGB VIII).
- 73 • Die Versuche der Polizei, den Protest junger Menschen gegen die
74 Rüstungspolitik zu verbieten (wie zum Beispiel die Gewalt gegen
75 Demonstrierende auf dem Rheinmetall Entwaffnen Camp und der
76 Abschlussdemonstration am 30.08.2025). Es muss möglich sein, Krieg und
77 Militarismus öffentlich zu kritisieren!

78 Daraus ergibt sich für den Vorstand des Landesjugendrings NRW folgender Auftrag:

- 79 • Die Durchführung und Organisierung einer Kampagne gegen die Zwangsdienste,
80 mit besonderem Augenmerk auf die Wehrpflicht. Dazu sollen Infomaterialien
81 entwickelt werden, die unsere Kritik, Hinweise zur Verweigerung von
82 Informationen gegenüber der Bundeswehr und Hilfen zur Umgehung der
83 Wehrpflicht beinhalten. Des Weiteren sollen Socialmediavorlagen zur
84 Verfügung gestellt werden.
- 85 • Die Organisierung und Durchführung einer zur Kampagne zugehörigen
86 Demonstration im Jahr 2026 vor dem Landtag NRW für alle Mitgliedsverbände,
87 die kinder- und jugendgerecht ist und an deren Umsetzung Kinder und
88 Jugendliche aus den Mitgliedsverbänden maßgeblich beteiligt werden.

89 [11]

90 https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2025/250813_Bundesjugendring_Stellungnahme_WDModG.pdf

91 [2] https://unter18nie.de/wordpress/wp-content/uploads/2025/01/Kleine-Anfrage-BSW_Juni-2024_Verletzungen-von-minderjaehrigen-Rekrutinnen-und-Rekruten-in-der-

Begründung

Die Debatte um die Einführung einer Wehrpflicht und eines Zivildienst geht völlig an den Interessen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen vorbei. Als Landesjugendring NRW müssen wir konsequent dagegen Stellung beziehen und uns für die Selbstbestimmung junger Menschen stark machen.